

Pressepiegel



Bruchsal

- | | | | | | |
|--|----------------------------------|--------------------------|-----------------------|--|-----------------------|
| BNN Bruchsal | <input type="radio"/> | Pforzheimer Zeitung | <input type="radio"/> | www.ka-news.de | <input type="radio"/> |
| BNN Bretten | <input checked="" type="radio"/> | Mühlacker Tageblatt | <input type="radio"/> | www.bruchsal-net.de | <input type="radio"/> |
| BNN Kreisseite | <input type="radio"/> | Handelsblatt | <input type="radio"/> | www.bruchsal.org.de | <input type="radio"/> |
| Brettener Woche | <input type="radio"/> | IHK | <input type="radio"/> | Pforzheimer Rundschau | <input type="radio"/> |
| Kurier | <input type="radio"/> | Wochenblatt | <input type="radio"/> | www.landfunker.de | <input type="radio"/> |
| www.bak-bretten.de | <input type="radio"/> | Amtsblatt Stadt Bruchsal | <input type="radio"/> | eppingen.org | <input type="radio"/> |
| meinstadt Bretten | <input type="radio"/> | meinstadt Bruchsal | <input type="radio"/> | www.Nadr | <input type="radio"/> |

Datum 10.9.2013

Leiharbeiter leben auch in städtischen Wohnungen

OB Martin Wolff und Fraktionen beziehen Stellung / „Arbeitnehmer sollten von ihrer Arbeit leben können“

Bretten (cz). Auch in städtischen Wohnungen sind Leiharbeiter beziehungsweise Mitarbeiter mit Werkvertrag untergebracht, die beim Tierfutter-Hersteller Deurer arbeiten. Konkret handelt es sich um ein Haus der städtischen Wohnungsbaugesellschaft bei Rinklingen, An der Schießmauer. Hier wurden einst Asylbewerber untergebracht.

Was Oberbürgermeister Martin Wolff vergangene Woche auf Nachfrage der Brettener Nachrichten nicht bestätigen wollte – aus Datenschutzgründen wie er sagte – ist jetzt Gewissheit. Die Fraktionsvorsitzenden haben sich mit dem Oberbürgermeister getroffen, um das Thema in nichtöffentlicher Sitzung zu erörtern. (Die BNN berichteten.) Nach Informationen dieser Zeitung wurde dabei bestätigt, dass die Räume der städti-

sehen Tochter dementsprechend genutzt werden. Auf Nachfrage wollte der OB dies erneut nicht kommentieren, nahm aber ausführlich zum Thema Stellung. „Wir haben uns intensiv und detailliert mit Werkverträgen, Leiharbeit und der Unterbringung auseinanderzusetzen.“ Zum Thema Werkverträge sagte

Wolff: „Ich halte es für wichtig, dass eine Firma flexibel ist. Ob es so weit gehen muss, dass man sogar das Grundgeschäft damit abdeckt, da besteht möglicherweise politischer Handlungsbedarf.“ Er wies zugleich darauf hin: „Wenn es hier eine Gesetzeslücke geben sollte, dann ist das ein Thema der Bundes- und nicht der Kommunalpolitik.“

Wolff: Das wirft große gesellschaftliche Fragen auf

dies im konkreten Falle auch nicht beurteilen. Gefragt werden müsse: „Wo ist die Verantwortung des Auftraggebers, und wo muss der Staat im Zweifel die Gesetze ändern?“ Dies werfe große gesellschaftliche Fragen auf. Gerade in Zeiten des Wahlkampfs seien dies Themen, die von den Politikern aufgegriffen werden müssten. Er sei bereit, dies bei

Die habe keinerlei Handhabe. Ähnlich sehe dies bei der Bezahlung aus. Grundsätzlich stimmten der OB und die Fraktionen darüber ein, dass jeder Arbeitnehmer von seiner Arbeit leben können sollte, ohne auf Sozialleistungen angewiesen zu sein. Da Wolff aber die Werkverträge nicht

kenne, könne er dies im konkreten Falle auch nicht beurteilen. Gefragt werden müsse: „Wo ist die Verantwortung des Auftraggebers, und wo muss der Staat im Zweifel die Gesetze ändern?“ Dies werfe große gesellschaftliche Fragen auf. Gerade in Zeiten des Wahlkampfs seien dies Themen, die von den Politikern aufgegriffen werden müssten. Er sei bereit, dies bei

den Bundestagswahl-Kandidaten vorzubringen. Auch mit der Firma Deurer stehe man immer im offenen Gespräch. Beim Thema Unterbringung hielt sich der OB bedeckt. Er berief sich allerdings auf die Richtlinien für die Unterbringung von Flüchtlingen, in denen 4,5 Quadratmeter pro Person vorgeschrieben seien. Dies sei in den städtischen Häusern gewährleistet.

Offenbar, so erfuhren die BNN, ist versichert worden, dass dort keinerlei Missstände herrschten, sprich, dass Betten nicht doppelt belegt oder Menschen unter widrigen Umständen untergebracht seien. Dies hätten unangekündigte Kontrollen ergeben. Nachdem das Haus An der Schießmauer leer stand und nicht mehr für Asylbewerber genutzt wurde, hat die Stadt es weitervermietet.